Aufgrund der negativen Haltung der Bevölkerung zu den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki bemühen sich die Befürworter von Atomkraftwerken zu betonen, das eine habe mit dem anderen nichts zu tun. Doch auch bezogen auf das vermeintlich ›friedliche‹ Atom samt seinen Heilsversprechen gibt es skeptische Stimmen und so entsteht in den 1970ern die Anti-Atom-Bewegung.

1975 demonstrieren im badischen ***Wyhl*** 30.000 Menschen gegen das dort geplante AKW, der Bauplatz wird kurzerhand gestürmt und besetzt. Viele der Beteiligten kennen sich bereits aus dem Widerstand gegen das Bleiwerk in Marckolsheim. Gerichtlich wird ein Baustopp verhängt, die Besetzer*innen können Straffreiheit aushandeln und das AKW wird nie gebaut. Der damalige Ministerpräsident Filbinger stellt fest:

»Wenn das Beispiel Wyhl Schule macht, dann ist das ganze Land unregierbar.«

1977, in den politisch turbulenten Zeiten des ***›Deutschen Herbst‹***, erlebt die Bewegung schließlich den ***›Kalkar-Schock‹***: Die Polizei verhindert in einer bundesweiten Großaktion die Anreise zu einer Demo gegen das geplante AKW in Kalkar, indem sie mehrere Autobahnen komplett sperrt, Züge mit Hilfe von Helikoptern anhält und über 120.000 Menschen zum Teil mit Maschinengewehren kontrolliert. Für viele ein bis dahin undenkbares Maß an Repression.

Im gleichen Jahr wird ***Gorleben*** als Standort für ein ***nukleares Entsorgungszentrum*** benannt. Eine Gegend, in der ein Unfall mit Freisetzung radioaktiver Stoffe in drei Himmelsrichtungen nicht die BRD, sondern die DDR treffen würde. Ein ländlich geprägter Raum, in dem nicht mit Widerstand gerechnet wird. Doch die Rechnung geht nicht auf und der durch einen fingierten Waldbrand gerodete Bauplatz, das Bohrloch 1004, wird besetzt – ein Hüttendorf entsteht. Dieses Hüttendorf, die ***Republik Freies Wendland***, hat ein eigenes Gesundheitssystem, eine Großküche, eine Badeanstalt, eigene Pässe und ein eigenes Radio. Und auch nach der Räumung des Dorfes bleibt das Wendland bis heute ein widerständiger Landstrich.

Nach Massenmilitanz und Angriffen auf den Bauzaun bei einer Demo 1977 in ***Grohnde*** gegen das dortige AKW folgt eine Debatte um ein Verbot des Kommunistischen Bund West (KBW), der neben anderen ›K-Gruppen‹ zu der Demo aufgerufen hatte. Es ist die Zeit des Kalten Krieges. Es wird gewitzelt, »ein kluges Wort, schon ist man Kommunist«, und der ***Radikalenerlass*** führt zu Berufsverboten für zahlreiche politisch Aktive.

Die bayerische Regierung will in den 1980ern in ***Wackersdorf*** eine ***Wiederaufbereitungsanlage*** bauen. Es kommt zu Bauplatzbesetzungen und nach anfänglicher Befürwortung lehnen auch lokale Politiker das Projekt ab. Nach mehreren Jahren des Protests und massiven Auseinandersetzungen am Bauzaun wird das Projekt schließlich gekippt.

Die verhinderten Atomanlagen in Wyhl und Wackersdorf gehen als große Erfolge in die Geschichte der Bewegung ein.

1976 kommt es zu einer ersten Großdemo in ***Brokdorf*** gegen das dort geplante AKW, rund 8.000 Menschen besetzen den Bauplatz. Es folgen Angriffe auf den Bauzaun, ein Wasserwerfer wird in Brand gesteckt. In Hamburg werden Büros der Betreiberfirma HEW mit Brandsätzen angegriffen. Fünf Jahre später demonstrieren in der Wilstermarsch 100.000 Menschen trotz eines umfassenden Demo-Verbots. Die Bildzeitung hetzt:

»Brokdorf: Bomben, Brände, Geiselnahme?«

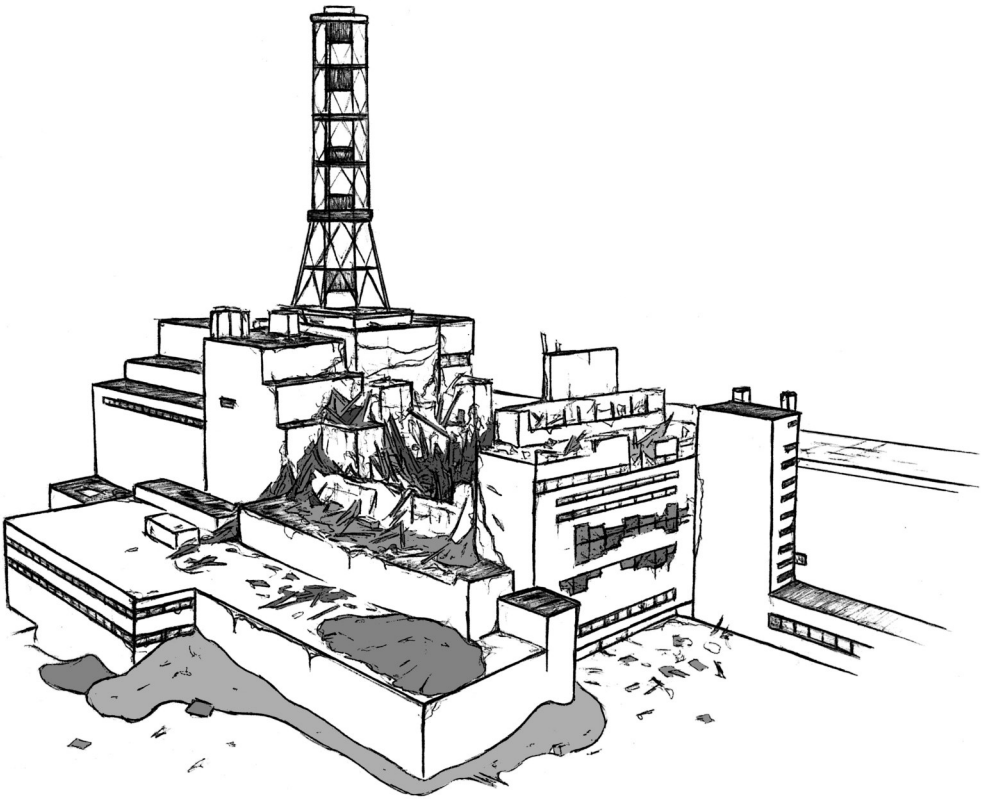
Die Polizei kündigt an, die Anreise zu verhindern, woraufhin die Autonomen planen, im Zweifel in die Städte zurückzukehren und dort ***»wirksame« Aktionen*** durchzuführen. Es kommt zum Einsatz des SEK und infolge dessen zu Schwerverletzten. Im noch heute viel zitierten ***›Brokdorf-Beschluss‹*** entscheidet das Bundesverfassungsgericht schließlich, dass Demonstrationen das Recht haben, in Sichtweite dessen, wogegen sie sich richten, stattzufinden, und grundsätzlich Ausgestaltungsfreiheit bei Versammlungen besteht.

Allein im Jahr 1986 werden über 50 Strommasten umgesägt oder gesprengt. Gruppen wie die ***Sägenden Zellen***, die ***Progressiven Gartenzwerge*** oder die ***Revolutionären Heimwerker*** bekennen sich zu den Sabotageakten. Auch Baufahrzeuge, Zulieferfirmen und beteiligte Banken werden angegriffen, Türschlösser verklebt, Brandanschläge verübt, Scheiben eingeschlagen.

Am 26. April 1986 explodiert Reaktor 4 im ukrainischen ***AKW Tchernobyl***. Radioaktivitätsmessungen in Skandinavien zwingen die russische Regierung schließlich dazu, den Unfall einzugestehen. Mehrere Tausend Menschen sterben direkt oder indirekt an den Folgen.

Ist die Anti-Atom-Bewegung bis dahin vor allem eine, die auf ein mögliches Risiko und Beinahe-Katastrophen hinweist, so wird die Gefahr nun greifbar. Die Bilder des havarierten AKWs gehen um die Welt, und während die Politik zu beschwichtigen versucht, machen sich Mütter Sorgen um radioaktive Belastung von Spielplätzen und Milchprodukten.

Trotz des Rückenwinds, den die Bewegung durch den Unfall in Tchernobyl bekommt, geht im Oktober 1986 das AKW Brokdorf ans Netz. Was viele als herbe Niederlage wahrnehmen, erweist sich mit etwas zeitlichem Abstand als Erfolg: Nach 1989 geht in der BRD kein weiteres AKW mehr ans Netz.

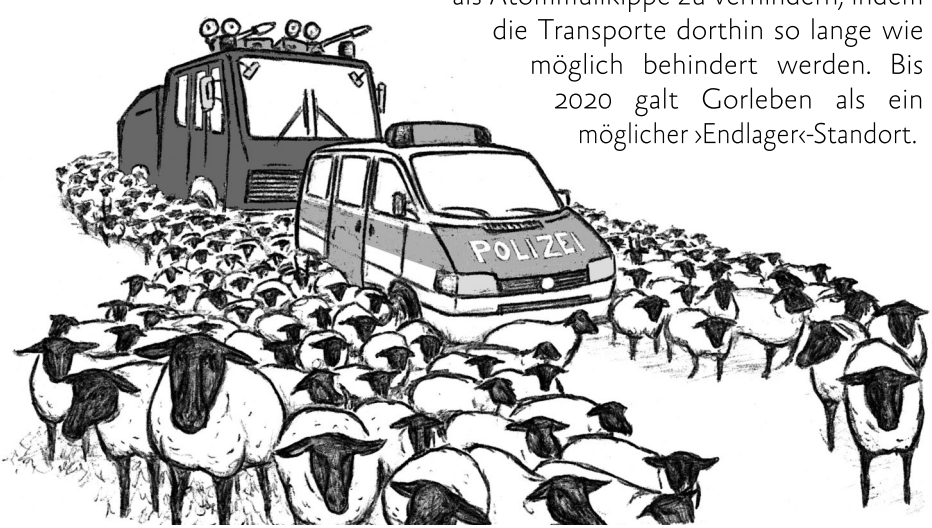


Castor-Transporte ins Wendland

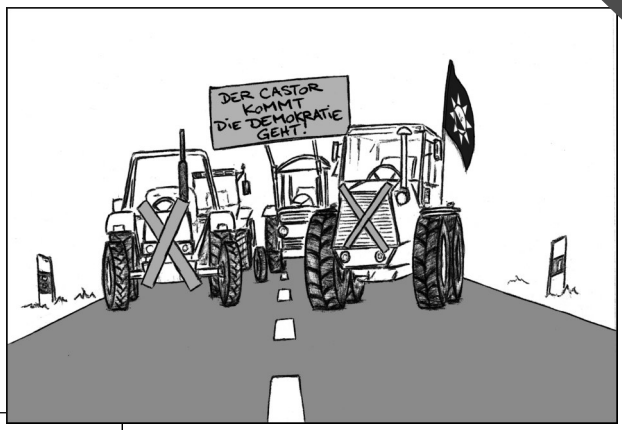
1995 rollt der erste Transport mit hochradioaktiven Abfällen in sogenannten ***Castor***-Behältern ins wendländische Gorleben. Nach dem Transport aus der Plutoniumfabrik im französischen La Hague per Zug bis nach Dannenberg wird die radioaktive Fracht dort auf LKW verladen und die letzten Kilometer über Landstraßen gefahren. Sitzblockaden auf der Schiene und der Straße, brennende Barrikaden und Trillerpfeifen sind die Ausdrucksform der rund 4.000 Protestierenden. Sie stehen 7.600 Polizist*innen gegenüber, ausgestattet mit Hubschraubern und Hundestaffel.

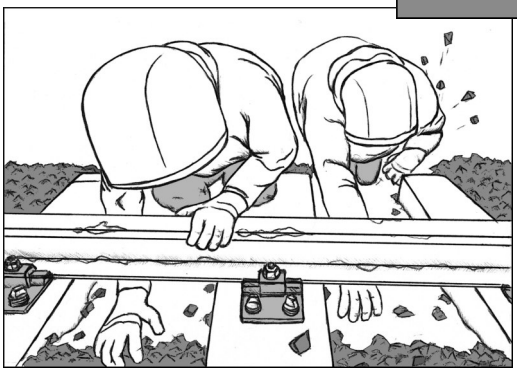
In den nächsten 16 Jahren folgen zwölf weitere Transporte, bei denen bis zu 20.000 Polizist*innen und zum Ende sogar die Bundeswehr gegen bis zu 50.000 Protestierende eingesetzt werden. Castortransporte führen zu den bis dahin größten Polizeieinsätzen der bundesdeutschen Geschichte und werden zum Inbegriff für den Ausnahmezustand.

Im Wendland entsteht gerade durch die Unterschiedlichkeit der beteiligten Akteur*innen eine beeindruckende Vielfalt an Widerständigkeit. Bei allen Differenzen teilen viele das Ziel, die Festlegung auf den maroden ***Salzstock Gorleben*** als Atommüllkippe zu verhindern, indem die Transporte dorthin so lange wie möglich behindert werden. Bis 2020 galt Gorleben als ein möglicher ›Endlager‹-Standort.



Die ***bäuerliche Notgemeinschaft*** blockiert mit Traktoren die Transportroute, ein Schäfer treibt seine Schafe und Ziegen auf die Strecke, Unterspülungen zerstören die Straße, Kletteraktionen versperren die Gleise.



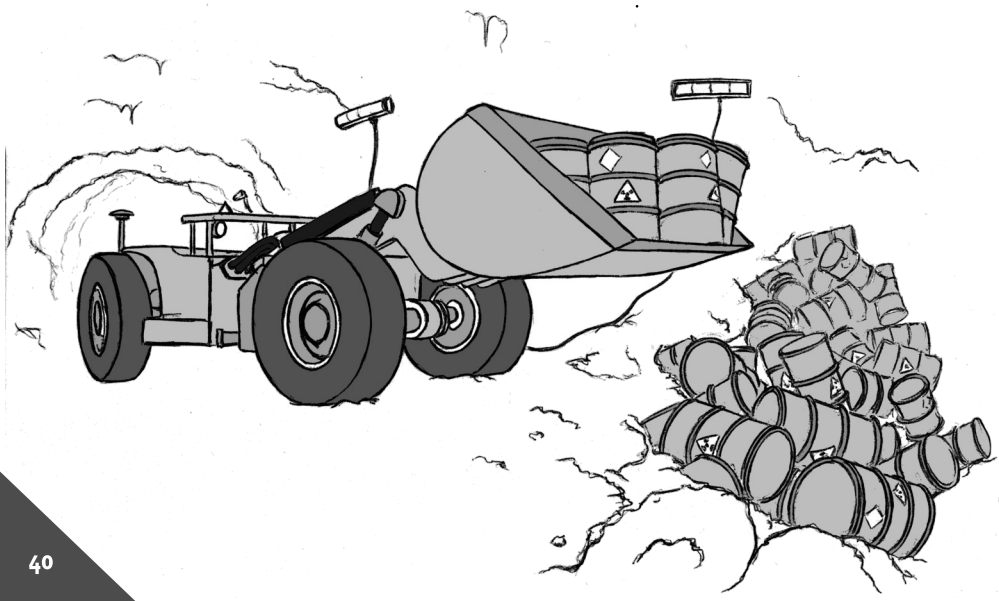
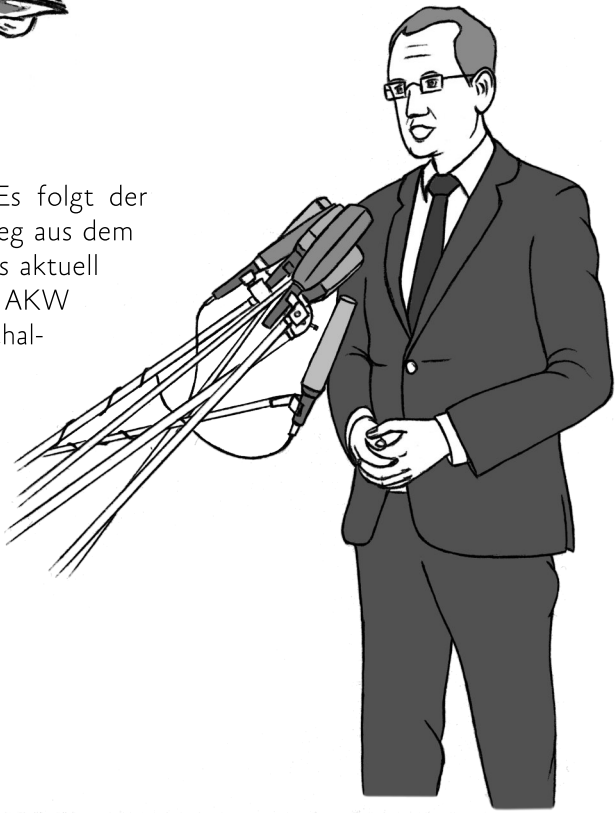


Sitzblockaden von ***Widersetzen*** und ***xtausendmalquer*** verzögern den Transport, Aktivist*innen der Kampagne ***Castor-Schottern*** entfernen Schottersteine aus dem Gleisbett und in Laase brennen Strohballen.

Immer trickreichere ***Ankettvorrichtungen*** werden entwickelt und perfektioniert: Heimlich im Vorfeld gegossene Betonblöcke im Gleisbett, doppelwandige Betonpyramiden, Konstruktionen in Leichenwagen und Biertransportern erschweren es der Polizei, die Strecke frei zu räumen.

Diverse ***Camps*** dienen als Anlaufpunkte, große ***Demos*** bilden den Auftakt zu den Protesten, es gibt Laternenumzüge und auf einer Wiese in Dannenberg bekommen Leute die neuesten Infos von der ***Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg*** und vom ***Castorticker***.

»Wichtige Dinge darf man keiner Regierung überlassen« und ***»Atomausstieg bleibt Handarbeit«*** sind prägende Slogans der Anti-Atom-Bewegung. Als die Grünen 1998 erstmals bundesweit an der Regierung beteiligt sind, haben viele die Hoffnung, dass es nun einen schnellen ***Atomausstieg*** gibt. Nach 16 Jahren Kohl-Regierung versprechen sich linke Gruppen fast schon die Revolution von rot-grün und wenn nicht einen grundlegenden Wandel, dann doch zumindest einen echten Atomausstieg. Die erste solche Regelung aus dem Jahr 2000, der ***›Atomkonsens‹*** sieht allerdings einen Ausstieg erst innerhalb von etwa 20 Jahren vor – was viele Aktivist*innen nachhaltig enttäuscht.



Die Politik knickt ein: Es folgt der Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg und so bleibt es aktuell dabei, dass die letzten AKW Anfang der 2020er abgeschaltet werden sollen.